96. Jahrgang. Nr. 340 Donnerstag, 21. Juli 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20 011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Preisaufschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Dietzsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1049 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Das Ende der Preußenregierung

Braun fügt sich - Severing spielt Theater

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. Juli. Das Reichskabinett trat am Mittwochabend zu einer Sitzung zusammen, in der der Reichskanzler v. Papen den Kabinettsmitgliedern einen Bericht über die Maßnahmen erstattete, die er im Laufe des Tages in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen ergriffen hatte. Da man auf Seiten der Linken bereits eifrig daran ist, politische Legenden zu bilden und die Mitglieder des nunmehr verflossenen Preußenkabinetts, insbesondere den Innenminister Severing, als Märtyrer hinzustellen, ist es notwendig, den

Verlauf des denkwürdigen 20. Juli 1932

so, wie ihn der Kanzler dem Kabinett schilderte, festzuhalten.

Reichskanzler v. Papen betonte einleitend, daß der bisherige Zustand in Preußen nicht länger geduldet werden konnte. (Eine nähere Begründung gibt der Kanzler in seiner an anderer Stelle wiedergegebenen Rundfunkrede.) Da man mit Sicherheit damit rechnen mußte, daß die preußischen Machthaber nicht freiwillig ihre Plätze verlassen würden, war die Fertigstellung der entsprechenden Maßnahmen eine unumgängliche Notwendigkeit. Der Verlauf der am Mittwochvormittag mit den Vertretern des preußischen Kabinetts gepflogenen Verhandlungen bestätigte diese Annahme vollauf. Daraufhin wurden die — wie der Kanzler nachdrücklich unterstrich — auf einwandfreier verfassungsrechtlicher Grundlage ruhenden Maßnahmen, denen der Reichspräsident v. Hindenburg im Rahmen einer Notverordnung durch seine Unterschrift seine Zustimmung gegeben hat, in Kraft gesetzt. Die Mitglieder des preußischen Kabinetts unter Führung des Innenministers Severing, der ausdrücklich und wiederholt erklärte, er wolle nur der Gewalt weichen, mußten sämtlich aus ihren Aemtern entlassen werden.

Ministerpräsident Braun nahm das Entlassungsschreiben entgegen und gab dadurch zu erkennen, daß er sich der völlig verfassungsmäßig vorgehenden Reichsmacht beuge. Der Innenminister Severing dagegen, der von neuem erklärte, nur der Gewalt weichen zu wollen, blieb in seinen Diensträumen.

Gegen 4 Uhr nachmittags suchte ihn der zu seinem Nachfolger ernannte Dr. Bracht auf. In einer etwa 20 Minuten währenden Unterredung stellte sich Severing wiederum auf den Standpunkt, daß er das Vorgehen der Reichsregierung als verfassungswidrig betrachten müsse, und daß er sich daher weigere, dem Bevollmächtigten des Reichskanzlers die Amtsgeschäfte zu übergeben. Dr. Bracht kehrte in die Reichskanzlei zurück und erstattete über die Weigerung Severings, das Amt zu verlassen, Bericht. Auf Grund der Weigerung Severings blieb dem Kanzler v. Papen nichts weiter übrig, als die Anwendung von Gewalt in Aussicht zu nehmen.

Gegen 8 Uhr abends erschien Dr. Bracht in Begleitung des neuernannten Berliner Polizeipräsidenten Dr. Melcher und eines höheren Polizeioffiziers, dem einige Schupobeamte folgten, in den Amtsräumen Severings und forderte ihn nochmals auf, nunmehr die Geschäfte zu übergeben.

Als Severing wiederum erklärte, nur der Gewalt sich fügen zu wollen, machte ihn der Polizeioffizier darauf aufmerksam, daß er zu seiner Verhaftung schreiten müßte, wenn er die Amtsräume nicht verlasse.

Severing erklärte nunmehr, daß ihm nichts weiter übrig bleibe, als sich zu fügen. Er verließ nunmehr das Ministerium und begab sich in seine innerhalb des Ministerialgebäudes liegenden Privaträume.

Damit war die Amtsenthebung Severings vollzogen, und bereits am Donnerstagvormittag wird der neue preußische Innenminister Dr. Bracht seine Tätigkeit aufnehmen.

Nachdem die preußischen Staatsminister Hirtsiefer, Steiger, Klepper, Schreiber, Schmidt und Grimme dem Reichskanzler schriftlich erklärt hatten, daß sie es ablehnen, der von ihm erlassenen Einladung zu einer Sitzung der Staatsregierung Folge zu leisten, hat der Reichskanzler die genannten Minister von der Führung der Geschäfte enthoben. Da anzunehmen ist, daß sie auf das theatralische Spiel, das Severing glaubte sich leisten zu können, verzichten werden, werden diese Amtsenthebungen vollkommen reibungslos vor sich gehen.

Die Lösung in Preußen

Mit dem Entschluß der Reichsregierung, die geschäftsführenden Minister der schwarz-roten Koalition in Preußen ihrer Aemter zu entheben und die Verwaltung des größten deutschen Landes durch einen Reichsbeauftragten wahrnehmen zu lassen, ist ein neuer entscheidender Schritt in der innerdeutschen Entwicklung getan, der an Bedeutung der Entlassung Brünings durch Hindenburg nicht nachsteht. Denn mit dem Doppelgespann Severing-Hirtsiefer ist die zweite, man kann sagen stärkere Säule endlich gefallen, die die Herrschaft der Sozialdemokratie und des Zentrums gegen den Volkswillen im nationalen Deutschland noch aufrechterhalten hat. Jetzt ist erst die Bahn frei, damit sich der politische Wille auswirken kann, der mit den neuen Männern im Reiche einziehen sollte und der bisher am Widerstand der preußischen Regierung gescheitert ist. Die Parteien der nationalen Opposition haben nach dem Scheitern der parlamentarischen Lösung am Zentrumswiderstand dieses Eingreifen des Reiches seit Wochen gefordert; Hugenberg und Hitler sind nicht müde geworden, den Reichskanzler in diesem Sinne zu mahnen. Darum ist es selbstverständlich, daß die Verordnung über die Einsetzung des Reichskommissars von dieser Seite begrüßt wird. Nur die Frage bleibt offen, ob sie im Hinblick auf die Wirkung für den Wahlkampf und seine unparteiische Durchführung nicht zu spät kommt. Im übrigen wird die Beurteilung des neuen Kurses, der mit dem Reichskommissar in Preußen Einzug hält, davon abhängen, wie Papen, Bracht und die Männer, die noch zur Hilfeleistung herangezogen werden, ihre gewiß nicht leichte Aufgabe in Angriff nehmen. Ihre ersten Maßnahmen, die Verhängung des Ausnahmezustandes über das Unruhezentrum Berlin-Brandenburg und die Einführung gesetzlicher Bestimmungen gegen den Aufruhr, die auch an der Todesstrafe nicht vorbeigehen, zeugen entschieden von einem richtigen Blick für die nächsten politischen Notwendigkeiten. Aber der Reichskommissar wird, wenn er ganze Arbeit leisten will, dabei nicht stehenbleiben können. Wenn Braun und Severing entthront wären und die Hunderte sozialdemokratischer Größen auf den Präsidentenstühlen in der politischen und der Polizeiverwaltung sitzenblieben, dann würde der bisherige Großkampf zwischen Reichs- und Preußenregierung nur in einen aufreibenden Kleinkrieg übergehen. Zunächst muß darum mit eisernem Besen das rote Parteibuchbeamtentum weggefegt werden, damit die Möglichkeit wieder offen wird für eine zuverlässige und loyale Ausübung der vollziehenden Gewalt durch bewährte Berufsbeamte. Nachdem man nun den ersten Anlauf genommen und die große Reinigungsaktion begonnen hat, darf sie nicht in den Anfängen steckenbleiben, sondern muß die Reste der roten Tyrannei mit unerbittlicher Härte ausräumen.

Wenn man bedenkt, welche Opfer die Sozialdemokratie im Verein mit ihren Zentrumsbrüdern während der ganzen Brüningzeit gebracht hat, wie sie alle ihre Programmpunkte der Reihe nach über Bord warf und den Lohnabbau und Sozialabbau mitmachte, nur um sich die preußische Machtstellung zu erhalten, wenn man sich weiter daran erinnert, wie sie nach der Niederlage des 24. April auch die Grundsätze der Demokratie verriet und sich dem kommunistischen Gegner in die Arme warf, um wenigstens geschäftsführend die preußische Position zu retten, dann ermißt man, welcher Schlag sie mit der Einsetzung des Reichskommissars getroffen hat. Er trifft die rote Bonzokratie wuchtiger als alle bisherigen Wahlniederlagen, denn er bringt endlich die mit List und Gewalt verhinderten Folgen des Umschwungs im Volkswillen zur Auswirkung. Moralisch noch vernichtender ist das Ereignis für die Zentrumspolitik. Denn den Sozialdemokraten konnte man allenfalls noch zubilligen, daß sie aus einem natürlichen Selbsterhaltungstrieb das Unmögliche versuchten, um dem Schicksal der Vertreibung aus dem Preußenparadies zu entgehen. Für das Zentrum aber bestand kein programmatisches oder politisches Hindernis, dem Volkswillen Rechnung zu tragen und unter Beachtung der parlamentarischen Regeln mit der in den Wahlen siegreichen nationalen Opposition die Macht im Staate zu teilen, wie das in anderen demokratischen Ländern selbstverständlich geschehen ist, in England z. B., wo die Liberalen sich jeweils mit den Siegern des Wahlkampfes von rechts oder links zur Regierungsbildung zusammenschlossen, und zuletzt in Frankreich, wo die Mitte jetzt ebenso reibungslos mit Herriot zusammen arbeitet wie vorher mit Tardieu. Solche ehrliche Demokratie hat das Zentrum für Deutschland abgelehnt. Es hat lieber mit Geschäftsordnungsschiebungen gearbeitet, mit den Bolschewisten geliebäugelt und die Länder gegen die Regierung des von ihm gewählten Reichspräsidenten aufgeputscht, alles zu dem Zweck, um die Regierungsverbindung des politischen Katholizismus mit dem politischen Atheismus in Preußen nicht abreißen zu lassen und die von den Zentrumsleuten besetzten preußischen Pfründen im Rückversicherungsvertrag mit der Sozialdemokratie zu halten. Schrankenlose Herrschsucht und verblendeter Starrsinn waren die Triebfedern dieser Politik, die zur gewaltsamen Lösung des Konfliktes drängte und in

Grzesinski und Weiß vorübergehend verhaftet

Zuvor hatten im Laufe des Nachmittags die bisherigen Leiter des Polizeipräsidiums, der Polizeipräsident Grzesinski, der Vizepräsident Dr. Weiß und der Polizeioberst Heimannsberg, sich geweigert, ihre Aemter zu verlassen. Es wurde daher ihre Verhaftung angeordnet. Kurz nach 5 Uhr nachmittags wurden

die bisherigen Gewalthaber Berlins von zwölf Reichswehrsoldaten verhaftet und in die in der Nathenower Straße befindliche Militärarrestanstalt gebracht.

Hier wurden sie gegen 8 Uhr abends wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem sie einen Revers unterzeichnet hatten, sich jeder weiteren Ausübung des ihnen von der abgesetzten preußischen Regierung übertragenen Amtes zu enthalten.

Die Enthebung des bisherigen Kabinetts Braun-Severing ist damit in allen Punkten vollzogen, und das Reichskabinett erörterte bereits am Mittwochabend

die Frage der Nachfolge.

Die diesbezüglichen Verhandlungen sind, wie der Reichskanzler in seinem Bericht ausführte, schon so weit vorgeschritten, daß für Donnerstagvormittag mit der Bekanntgabe der neuen preußischen Minister gerechnet werden kann. Die Staatssekretäre der preußischen Ministerien dürften zum Teil in ihren Aemtern verbleiben, zum Teil werden sie, soweit sie sich dem abgelösten Kurs in Preußen verbunden fühlen, zurücktreten. Die kommissarische Verwaltung des preußischen Landwirtschaftsministeriums wird der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Mussehl, übernehmen, das Handelsministerium der Bankenkommissar Ernst und das Finanzministerium Staatssekretär Schleusener. Der Staatssekretär im preußischen Innenministerium, Abegg, ist auch seines Postens enthoben worden. Das in diesem Zusammenhang aufgetauchte Gerücht, daß auch der Staatssekretär des Reichsinnenministeriums, Dr. Zweigert, von seinem Posten scheiden werde, trifft nicht zu.

Die vorzugsweise mit Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei besetzte preußische Pressestelle ist aufgehoben worden und ihre Funktionen sind der Pressestelle der Reichsregierung übertragen worden.

Noch im Laufe des Mittwochnachmittags hatte die ihres Amtes enthobene preußische Regierung den Ministerialrat Dr. Badt nach Leipzig entsandt, um vor dem Staatsgerichtshof eine Klage anhängig zu machen, die die Verfassungsmäßigkeit des Vorgehens der Reichsregierung bestreitet. Dr. Badt, der Berlin im Auto verließ, traf noch in den Abendstunden des Mittwochs in Leipzig ein.

Zugleich hat in den Abendstunden der bayrische Ministerpräsident Held in Telegrammen an den Reichspräsidenten v. Hindenburg und an den Reichskanzler v. Papen mitgeteilt, daß die bayrische Regierung zur Frage des Staatskommissars eine

Feststellungsklage beim Staatsgerichtshof

erhebe. Die bayrische Regierung will, wie sie erklärt, eine prinzipielle Klärung der Frage herbeiführen, ob und in welchem Falle überhaupt die Einsetzung eines Staatskommissars in den Ländern verfassungsmäßig zulässig ist. Die bayrische Klage ist bereits telegraphisch nach Leipzig geleitet worden. Die erste Aufgabe des Staatsgerichtshofes wird es nun nach Meinung der Berliner amtlichen Stellen sein, die Aktivlegitimation der Kläger zu prüfen. Der Staatsgerichtshof setzt sich zusammen aus dem Präsidenten des Reichsgerichts als Vorsitzenden, drei Reichsgerichtsräten, sowie aus je einem Rat des sächsischen, des bayrischen und des preußischen Oberverwaltungsgerichts.

Nach Auffassung der Berliner amtlichen Stellen kann der Staatsgerichtshof jedoch nur zu der Feststellung kommen, daß das Vorgehen der Reichsregierung den Bestimmungen der Verfassung entspricht,

da die Verfassungsmäßigkeit vor allem schon dadurch gewahrt ist, daß das Vorgehen des Reiches im Rahmen einer vom Reichspräsidenten v. Hindenburg unterzeichneten Notverordnung erfolgte.

Verabschiedete Staatssekretäre

Berlin, 20. Juli. Auf Grund der ihm durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 erteilten Ermächtigung hat der Reichskanzler den Staatssekretär im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe Dr. Staudinger und den Staatssekretär im preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Krüger bis auf weiteres mit sofortiger Wirkung beurlaubt und sie ersucht, von der Ausübung ihrer Amtsgeschäfte Abstand zu nehmen. — Der Staatssekretär im preußischen Staatsministerium Dr. Weißmann hat um seine Versetzung in den Ruhestand gebeten. Dem Antrag Weißmanns wird entsprochen werden.

Die SPD. hofft auf den 31. Juli

Berlin, 20. Juli. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat an die Partei einen Aufruf gerichtet, in dem es u. a. heißt, der Kampf um die „Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der deutschen Republik" sei zunächst mit aller Kraft als Wahlkampf zu führen. Es liege beim deutschen Volk, durch seinen Machtspruch am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, der durch das Zusammenwirken der Reichsregierung mit der Nationalsozialistischen Partei entstanden ist. Die Organisationen seien in höchste Kampfbereitschaft zu bringen.

SLUB
Wir führen Wissen.